

IGPB-POSITIONSPAPIER

Unterrichtsfach Demokratiebildung

1. Demokratiebildung als historische Chance

Die Interessengemeinschaft Politische Bildung (IGPB) begrüßt die geplante Einführung des Unterrichtsfachs Demokratiebildung ausdrücklich. Dies ist ein wichtiges Bekenntnis zur Notwendigkeit, demokratische Kompetenzen junger Menschen systematisch, fundiert und nachhaltig zu stärken. In einer Zeit globaler Verwerfungen, gesellschaftlicher Polarisierung und wachsender politischer Komplexität brauchen junge Menschen mehr denn je Räume, in denen sie lernen, was es bedeutet, in einer demokratischen Gesellschaft selbstbestimmt und verantwortungsvoll zu leben und zu handeln.

Seit dem Bestehen der IGPB haben wir uns in alle Reformprozesse rund um die Politische Bildung konstruktiv eingebracht und möchten das auch im aktuellen Fall zum Thema „Unterrichtsfach Demokratiebildung“ tun. Die IGPB wurde im Jahr 2009 als parteiunabhängige Fachgesellschaft gegründet. Ziel der IGPB ist es, eine öffentlichkeitswirksame Plattform für Politische Bildung in Österreich bereitzustellen und eine enge Vernetzung zwischen Wissenschaft und Praxis zu erzielen. Die IGPB vertritt die politischen Bildner:innen (in der schulischen und außerschulischen Praxis, in der Wissenschaft sowie in der Lehre). Diese Gruppen sehen wir auch als prädestiniert dafür, das neue Fach zunächst zu entwickeln und später zu unterrichten.

Das neue Fach soll mehr sein als ein bildungspolitisches Signal: Es eröffnet die Chance, Demokratiebildung als zentrale Bildungsaufgabe ernst zu nehmen – nicht nur als Querschnittsthema, sondern als eigenständigen, politikdidaktisch fundierten Lerngegenstand. Die IGPB sieht darin eine historische Chance und Gelegenheit, die demokratische Kultur in den Schulen zu stärken und die Politische Bildung auf ein neues Fundament zu stellen.

Im österreichischen Schulsystem fußt die Politische Bildung derzeit auf drei Säulen: als übergreifendes Thema (Unterrichtsprinzip), als (Kombinations-)Fach und im Rahmen der Schuldemokratie. Mit dem nun geplanten eigenständigen Unterrichtsfach wird eine langjährige Forderung der IGPB aufgenommen. Als eigenständiges Schulfach besteht Politische Bildung bisher nur in der Berufsschule. In Bezug auf das Unterrichtsprinzip gibt es jedoch kaum bildungspraktische Verbindlichkeiten. Dementsprechend gibt es an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen auch flächendeckend keine verbindlichen Lehrveranstaltungen für Studierende aller Unterrichtsfächer zur Implementierung der Politischen Bildung als übergeordnetes Unterrichtsprinzip.

2. Demokratie als Herausforderung

Alle einschlägigen Demokratieindizes stellen seit fast 20 Jahren Rückschritte sowohl bei der Anzahl als auch bei der Qualität der Demokratien weltweit fest. Es ist ein wichtiges Signal, die Demokratie als Organisationsform für Gesellschaften in den Blick zu nehmen – auf nationaler wie internationaler Ebene. Auch für Österreich zeigen Studien wie der „Demokratiemonitor“ oder der „Demokratieradar“, dass autoritäre Vorstellungen in der Gesellschaft verankert sind und das Vertrauen in die Politik gesunken ist. Gleichzeitig machen Umfragen seit Jahren deutlich, dass sich vor allem junge Menschen mehr Politische Bildung wünschen.

Da europäische Demokratien aufgrund des erschwerten Zugangs zu Staatsbürgerschaft und Wahlrecht nur noch teilweise tatsächlich repräsentative Demokratien sind, muss ein Fach Demokratiebildung dem insofern Rechnung tragen, als alle Möglichkeiten demokratischer Mitbestimmung (in der Schule bis hin zur Arbeitswelt) thematisiert werden, um das gesamte Potenzial demokratischer und gesellschaftlicher Teilhabe erfahrbar zu machen.

Ein Fach Demokratiebildung muss darauf reagieren, dass in vielen Klassen Schüler:innen sitzen, die ebenso wie ihre Familien keine oder nur wenige Demokratie-Erfahrungen gemacht haben. Selbstwirksamkeitserfahrungen sind gerade für Kinder und Jugendliche mit wenig Vorerfahrungen im Bereich demokratischer Kompetenzen wichtig. Ein Fach Demokratiebildung kann hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Demokratie ist nicht nur eine Frage der Gegenwart – sie ist ein Projekt der Zukunft. Der gesellschaftliche Wandel, ökologische Krisen, technologische Umbrüche und globale Problemstellungen fordern uns heraus, Demokratie neu zu denken und zu gestalten. Das Fach Demokratiebildung kann jungen Menschen dabei helfen, in diesen Veränderungen Orientierung zu finden – durch selbstbestimmtes politisches Denken und Handeln. Wenn Demokratiebildung gelingt, schafft sie Räume, in denen Schüler:innen Demokratie nicht nur verstehen, sondern auch zu gestalten lernen.

Das Unterrichtsfach Demokratiebildung leistet einen zentralen Beitrag zur Förderung von „Futures Literacy“, die von der UNESCO eingefordert und als Schlüsselkompetenz des 21. Jahrhunderts verstanden wird. Der Europarat hat mit dem „Referenzrahmen der Kompetenzen für eine demokratische Kultur“ (RFCDC) ein umfassendes Modell entwickelt, das auf die Stärkung demokratischer, interkultureller und zukunftsbezogener Kompetenzen zielt. Die OECD hat mit ihrem Projekt „Future of Education and Skills 2030“ und dem „Learning Compass 2030“ ein stark zukunftsorientiertes Bildungsmodell entwickelt.

Die EU hat mit dem „Europäischen Kompetenzrahmen für Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen“ (zuletzt aktualisiert 2018) einen Rahmen geschaffen, in dem mehrere Zukunftskompetenzen zentral sind. Indem Schüler:innen lernen, gesellschaftliche Entwicklungen kritisch zu analysieren und politische Handlungsspielräume zu erkennen, erwerben sie Fähigkeiten, die weit über das tagespolitische Wissen hinausgehen. Demokratiebildung schult das Denken in Alternativen, den Umgang mit Unsicherheit und die Fähigkeit, Zukunft als offenen, gestaltbaren Prozess zu begreifen. Im Fokus steht dabei nicht nur die Analyse bestehender Verhältnisse, sondern auch die imaginative Kraft, Zukunft anders – demokratischer, gerechter, nachhaltiger – zu denken. So stärkt das Fach nicht nur die politische Mündigkeit, sondern auch die Zukunftsfähigkeit junger Menschen.

3. Ziele der Demokratiebildung

Demokratiebildung bezieht sich immer auf Politik im demokratischen Verfassungsstaat. Ihr Charakter ist maßgeblich von Kontroversen und Konflikten geprägt, die auf unterschiedlichen Interessen und Wertvorstellungen basieren. Damit sich Lernende als mündige Demokrat:innen eigenständig in demokratische Prozesse einbringen können, müssen sie achtsam auf den Umgang mit Konflikten, den Pluralismus der Wertvorstellungen sowie die Diversität der Lebensformen vorbereitet werden. Ebenso müssen sie in die Lage versetzt werden, die Grenze zur Autokratie zu erkennen. Ihren Beitrag zur Stabilität und Weiterentwicklung der Demokratie leistet Demokratiebildung damit auf indirekte Weise: nicht durch Belehrung und Indoktrination, sondern durch die Befähigung zum eigenständigen politischen Denken und Handeln.

Bezugspunkte, um Demokratiebildung entlang dieser Erfordernisse zu gestalten, stellen etablierte wie theoretisch fundierte politikdidaktische Prinzipien wie das Kontroversitätsprinzip oder die Prinzipien der Konflikt-, Problem- und Zukunftsorientierung dar. Mit ihnen verknüpft sind politikdidaktische Standards wie z.B. der „Beutelsbacher Konsens“, mit seinen Prinzipien des Überwältigungsverbots, der Kontroversität und der Schüler:innenorientierung, sowie die Grenzen des demokratisch Verhandelbaren.

Zahlreiche Studien zeigen, dass auch sehr junge Kinder schon Vorstellungen von Politik entwickeln. Daher ist davon auszugehen, dass Demokratiebildung dann nachhaltige Ergebnisse bringt, wenn sie möglichst früh in der Bildungsbiografie angeboten wird und über die gesamte Schullaufbahn anhaltend und vertiefend zur Verfügung gestellt wird. Um junge Bürger:innen entsprechend erfolgreich für die Teilhabe an der Demokratie erreichen zu können, haben Lehrer:innen bestimmte fachdidaktische Prinzipien wie den Lebensweltbezug und den Aktualitätsbezug in der Bildungspraxis zu berücksichtigen. Das bedeutet, dass Unterricht so gestaltet wird, dass er an den Vorerfahrungen, Lernbedürfnissen und Interessen der jungen Bürger:innen anknüpft und aktuelles Zeitgeschehen bearbeitet, um den Lernenden Orientierung im Hier und Jetzt sowie für die Zukunft zu geben.

4. Fundierte Gestaltung: Demokratiebildung braucht Politikdidaktik!

Die Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfachs Demokratiebildung ist nur dann ein echter bildungspolitischer Fortschritt, wenn die Entwicklung auf fundierte politikdidaktische Grundlagen und eine entsprechende wissenschaftliche Basis zurückgreift. Die Politikdidaktik stellt ein breites Repertoire an erprobten Grundlagen, Konzepten, Prinzipien und Qualitätsstandards zur Verfügung, das im neuen Fach konsequent zur Anwendung kommen, weiterentwickelt und systematisch implementiert werden muss. Politikdidaktik zielt darauf ab, Schüler:innen zur politischen Urteils- und Handlungsfähigkeit zu ermächtigen – durch die Aufbereitung kontroverser Themen, die Förderung von Perspektivenübernahme sowie das Erproben politischer Handlungsmöglichkeiten im geschützten Raum des Unterrichts. In Österreich gibt es dazu bereits gute Grundlagen, auf denen aufgebaut werden kann, wie zum Beispiel den Grundsatzterlass oder das etablierte österreichische Kompetenz-Modell für Politische Bildung und zahlreiche facheinschlägige Lehrpläne.

Um Demokratiebildung an Schulen umsetzen zu können, braucht es als Basis für entsprechende Lehr- und Lernprozesse ein eigenständiges Lehramtsstudium „Politische Bildung“.

Auch im Nationalen Bildungsbericht 2024 wird ein dringend notwendiger Professionalisierungsbedarf im Bereich der Politischen Bildung eingefordert. Demokratiebildung zielt auf eine Form des Lernens ab, die demokratische Gesellschaft als veränderbar, erfahr- und erlebbar macht. Ein demokratiebildender Unterricht, der diesen Ansprüchen gerecht werden will, braucht raumöffnenden Unterricht, der die Prozesshaftigkeit und Veränderbarkeit politischer Systeme erfahrbar macht, Streit als Lernimpuls nutzt und demokratische Prinzipien nicht nur lehrt, sondern lebt.

Daher braucht es klare strukturelle und institutionelle Voraussetzungen:

- Ein eigenes, vollwertiges Schulfach mit verbindlichem Curriculum, fachspezifischem Kompetenzmodell und eigener Leistungsbeurteilung.
- Qualifizierte Lehrkräfte, die über eine fundierte politikdidaktische Ausbildung verfügen – sowohl im Studium als auch in Fort- und Weiterbildung.
- Verankerung in der Lehrer:innenbildung: Politikdidaktik muss systematisch in die Curricula der Lehramtsstudien integriert werden – als eigenständiges Fachgebiet mit Praxisanteilen, fachdidaktischen Modulen und politiktheoretischer Fundierung.
- Curriculare Synergien mit anderen Fächern (z. B. Geschichte, Geografie, Ethik) können und sollen genutzt werden, aber die politische Dimension braucht ein eigenständiges Fach.

Nur wenn diese Rahmenbedingungen sichergestellt sind, kann das neue Unterrichtsfach Demokratiebildung sein Potenzial entfalten: als Ort des demokratischen Denkens und Handelns, der über reine Informationsvermittlung hinausgeht und zur aktiven Gestaltung von und zur Teilhabe an der Demokratie ermutigt.

5. Conclusio

Demokratiebildung braucht immer den politischen Zugang und die Kontroverse, um die Fähigkeiten der Schüler:innen in den Fokus zu rücken.

Wenn Demokratiebildung jedoch auf unpolitische Zugänge wie „Service Learning“ reduziert wird, die Engagement in erster Linie sozialpädagogisch interpretieren, oder eine reine „Institutionenkunde“ ins Zentrum der Betrachtung gestellt wird, kann das Potenzial dieses Faches nicht ausgeschöpft werden.

Demokratiebildung muss:

- politisch sein – ohne parteipolitisch zu sein
- kritisch sein – ohne destruktiv zu sein
- partizipativ sein – ohne Pseudobeteiligung zu fördern

Nur so kann Demokratiebildung einen Beitrag zur demokratischen Kultur leisten, der über symbolische Gesten hinausgeht – tiefgreifend, nachhaltig und politisch.

Gezeichnet:

Der Vorstand der Interessengemeinschaft Politische Bildung (August 2025)

Literatur

Autorengruppe Fachdidaktik (2017). Was ist gute politische Bildung? Leitfaden für den sozialwissenschaftlichen Unterricht (2. Aufl.). Wochenschau.

Gläser, E. (2022). Arbeitslosigkeit aus der Perspektive von Kindern. Eine Studie zur didaktischen Relevanz ihrer Alltagstheorien. Klinkhardt.

Gronostay, D. (2019). Argumentative Lehr-Lern-Prozesse im Politikunterricht. Eine Videostudie. Springer.

Hummer, R. (2024). Mit politischen Kontroversen professionell umgehen – eine Orientierungshilfe. Erziehung & Unterricht, 174(9–10), 794–801.

Kalcsics, K., & Moser, I. (2017). Schülervorstellungen zu Regeln und Mitbestimmung von Primarschulkindern: Eine Annäherung durch rekonstruktive Verfahren. In: P. Mittnik (Hrsg.), Empirische Einsichten in der Politischen Bildung (S. 125–141). Studien Verlag.

Kalcsics, K., & Raths, K. (2013). Was Kinder unter Politik verstehen. Vorstellungen über Herrschaft von Schülerinnen und Schülern der Primarstufe. In E. Wannack, S. Bosshart, A. Eichenberger, M. Fuchs, E. Hardegger, & S. Marti (Hrsg.), 4- bis 12-Jährige. Ihre schulischen und außerschulischen Lern- und Lebenswelten (S. 241–247). Waxmann.

Kallweit, N. (2019). Kindliches Erleben von Krieg und Frieden. Eine phänomenografische Untersuchung im politischen Lernen des Sachunterrichts. Springer.

Lange, D. & Kierot, L. & Breser, B. & Beutel, W. (2024). Demokratiebildung. Konzepte, Strategien und Perspektiven. In Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (Hrsg.), Nationaler Bildungsbericht. Österreich (S. 467-510). DOI <http://doi.org/10.17888/nbb2024-3-3>

Lange, D. (2008). Bürgerbewusstsein. Sinnbilder und Sinnbildungen in der Politischen Bildung. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP), 57(3), 17-21.

Massing, P. (2020). Der Zusammenhang von Demokratie, Politikdidaktik und politischer Bildung. In A. Kost, P. Massing & M. Reiser (Hrsg.), Handbuch Demokratie (S. 295-308).

May, M. & Partetzke, M. (2023). Einführung in die Politikdidaktik. Band 1: Geschichte, Essentials, Forschungs- und Entwicklungsfelder. Wochenschau.

May, M. (2021). Haltung ist keine didaktische Strategie! – Zu einem Missverständnis im Kontext der Demokratiebildung. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP), 70(1), 17–21.

Mittnik, P. (2016). Politische und gesellschaftliche (Basis)Vorstellungen von Wiener VolksschülerInnen. Ergebnisse einer empirischen Studie. In: P. Mittnik (Hrsg.), Politische Bildung in der Primarstufe – Eine internationale Perspektive (S. 23-40). Studienverlag.

Mittnik, P., Lauss, G., Schmid-Heher, S. (2018). Was darf Politische Bildung? Eine Handreichung für LehrerInnen für den Unterricht in Politischer Bildung. o.V.

Reinhardt, S. (2018). Politik-Didaktik. Handbuch für die Sekundarstufe I und II (7. Aufl.). Cornelsen.